

Rede für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
zum Entwurf der Haushaltssatzung 2013  
(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede

Die Haushaltssatzung - so besagt es die Kreisordnung – wird im Kreistag beraten und beschlossen. Wie stellt sich das in der Realität beim Kreis Steinfurt dar?

- Den Fachausschüssen wird jeweils nach deren Zuständigkeiten ein Bündel von Teilplänen zugewiesen, zu denen die Ausschussmitglieder Fragen stellen können. Diese Fragen erfolgen nach dem Zufallsprinzip, nämlich: Wem ist an den Plänen etwas aufgefallen? Die auf dieser Grundlage gestellten Fragen können dann nach meiner Erfahrung von der Verwaltung nur teilweise im Fachausschuss beantwortet werden. Auch schriftlich nachgereichte Antworten sind nicht immer befriedend.
- Dann erscheint die Haushaltssatzung auf der Tagesordnung des Kreisausschusses, welcher die Haushaltssatzung traditionell ohne Aussprache an den Kreistag durchwinkt.
- Im Kreistag werden dann nach kameralistischer Manier Änderungsanträge der Verwaltung und der Fraktionen beraten und abgestimmt. Es gibt zudem das Ritual der Haushaltsreden und schließlich noch die Beschlussfassung über die gesamte Haushaltssatzung des Kreises.

Das führt uns zu den Fragen: Ist das eigentlich die Rolle, die der Kreistag im Rahmen des NKF wahrnehmen soll? Nimmt er in einem derartigen Prozedere sein Budgetrecht überhaupt umfassend und verantwortlich wahr?

Für die Aufgabenerfüllung sollen laut Gemeindehaushaltsverordnung „produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs festgelegt sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden.

Diese Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden.“

Für Planung, Steuerung und Kontrolle benötigt man allerdings eine detaillierte Aufschlüsselungen der Ressourcen, wie sie innerhalb des NKF-Kontenrahmens erfolgt. Dieser stellt den verbindlichen Rahmen für die eigenverantwortliche Ausgestaltung und Konkretisierung von Konten dar. Er ist in der Reihenfolge seiner Kontenklassen einschließlich ihrer Bezeichnungen verbindlich. (s. 6)

Der NKF - Kontenrahmen ist in der Regel jeweils weiter in Kontenklassen, Kontengruppen, Kontenarten und Konten zu untergliedern. Diese können dann den Produktbereichen, den Produktgruppen und den Produkten zugeordnet werden. Und wenn dann noch die Ansätze und die Rechnungsergebnisse seit 2009 einbezogen werden, dann ergeben sich daraus Hinweise, wo sich möglicherweise Gestaltungsspielräume im Haushalt verstecken.

Im Haushalt des Kreises Steinfurt werden allerdings die „Erträge und Aufwendungen in den Teilergebnisplänen zu Budgets verbunden“. Es „gilt die Budgetierung auf Produktebene. Innerhalb der gebildeten Budgets sind nicht mehr die einzelnen Positionen laut Kontenplan, sondern die Summe der Erträge und Aufwendungen verbindlich.“ Damit liegen zur Zeit die Gestaltungsspielräume in der Verwaltung und nicht mehr in der Politik.

Ein Blick in den Entwurf der Haushaltssatzung 2013 verdeutlicht schnell, dass der KT sein Budgetrecht so nur sehr bedingt wahrnehmen kann. Es werden zwar Erläuterungen bereit gestellt, deren Umfang und Tiefe werden jedoch seitens der Verwaltung bestimmt und sind sehr unterschiedlich in ihrem Informationsgehalt. Die Formulierungen sind z.T., ausgesprochen schwammig und unkonkret:

... einige Beispiele dazu:

*Der Ansatz enthält u.a. ...*

*Nachgewiesen werden hier im Wesentlichen ...*

*Die Leistungsentgelte beinhalten im Wesentlichen ...*

*Nachgewiesen sind u.a. ...*

*Der Ansatz beinhaltet u.a. usw. usw. usw. ...*

Wir sind demnach darauf angewiesen, was nach Auffassung der Verwaltung mitteilenswert ist. Und das wird sich erst dann ändern, wenn es eine politische Mehrheit im Kreistag gibt, die das einfordert. Insofern hoffen wir, dass andere Fraktionen das auch so sehen und im Folgehaushalt 2014 sich wie wir für mehr Transparenz und Klarheit einsetzen werden. Die Verwaltung wird dann liefern müssen.

Davon einmal abgesehen gibt aber auch der vorliegende Haushaltsentwurf schon genug Anlässe, sich kritisch damit auseinanderzusetzen:

Wie wir als Grüne Fraktion übereinstimmend feststellen konnten, kommt es immer wieder zu Einzel-Briefversand, obwohl es den Sammel-Postversand gibt. Dies halten wir für ein Organisationsdefizit mit vermeidbaren finanziellen Folgen und fordern daher eine Organisationsuntersuchung zum „Produkt 011107 Einkauf, Logistik und Service“. Das damit verbundene Operative Ziel „Kostensenkung bei den Postdienstleistungen“ ist nicht erreicht. Es gibt offensichtlich kein zentrales Postversand-Management. Es fehlen außerdem Kennzahlen zur Steuerungsabsicht.

Schwer durchschaubar ist, welchen Personalbedarf die Kreisverwaltung zur Bewältigung ihrer Aufgaben tatsächlich hat. Bezüglich der Stabsstelle des Landrates wagen wir allerdings die Bewertung, dass diese überbesetzt ist. Wir zählen 8 Stellen plus Sekretariat. Im Haushaltsplan handelt es sich um das „Produkt 011102 Verwaltungsführung“. Leider sind die Produktinformationen dort sehr spärlich, so dass nicht konkret nachvollziehbar ist, welche Aufgaben mit welchen Zielen dort wahrgenommen werden. Die Personalaufwendungen für den entsprechenden „Teilergebnisplan Verwaltungsführung“ entwickeln sich von -629.198,69 € (in 2011) auf -703.952,00 € (in 2016). Das ist eine Steigerung in 6 Jahren um etwa 75.000 € (+12%). Da lohnt es sich doch etwas näher hinzuschauen. Zumal das Gesamt-Ergebnis sich auf -983.816,00 € belaufen soll (d.h. nahezu eine Mio. Euro für die Stabsstelle, einschl. Sekretariat?).

Im Vergleich dazu kommt das Agenda 21-Büro mit einem Gesamtergebnis von etwa 800.000 € (2013) aus und wird damit in 2013 ein beeindruckendes Arbeitsprogramm bewältigen. Hierzu vermittelt der Haushaltsplan auch klare Vorstellungen davon, was mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden soll. Hier werden die Ziele und die Kennzahlen ausführlich dargelegt. Dass vor diesem Hintergrund die FDP eine Streichung der Mittel für die Servicestelle Windenergie in Höhe von 80.000 € beantragt, verdeutlicht einmal mehr, dass diese Partei nichts von Wirtschaftsförderung versteht. Die hier erzeugte Windenergie trägt erheblich zur regionalen Wertschöpfung bei und macht den Kreis Steinfurt autark in der Stromversorgung. Dies wird sich zunehmend zu einem Standortvorteil entwickeln. Dass der Kreis Steinfurt damit schon heute in NRW ganz vorn liegt, ist sicher auch mit der persönlichen Unterstützung dieser Aktivitäten durch den Landrat zu erklären.

Geradezu widersprüchlich zum Engagement des Kreises Steinfurt im Klimaschutz und bei der Agenda 21 verhält sich eine politische Mehrheit beim Straßenbau. Es wird keine Fördermittel mehr geben und Eigenmittel sind für Wichtigeres zu veranschlagen. Wir verlangen daher einen sofortigen und endgültigen Stopp von Straßenneubauten. Dies soll gelten für alle Maßnahmen, die noch keine Baureife erlangt haben. Schon erworbene Grundstücke können wieder veräußert werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch, sich von nicht mehr finanzierbaren Projekten zu trennen.

Das gleiche gilt auch für die Startbahnverlängerung des FMO. Wir haben im Kreistag für die Entwicklung einer Rettungsstrategie für den FMO im heutigen Bestand geworben, aber die politische Mehrheit konnte sich nicht dazu durchringen. Es wird weiter geträumt. Wir vergeuden so Zeit und Geld und laufen Gefahr, dass in naher Zukunft eine Verlustabdeckung direkt aus dem Kreishaushalt zu leisten ist, was unmittelbar auf die Kreisumlage durchschlagen würde. Insofern ist es auch verantwortungslos sich heute einer Auswegstrategie zu verweigern. Das Aus für den Flughafen Twente kann kein Trost sein, wenn man die Fluggastzahlen am FMO in den ersten zehn Monaten 2012 betrachtet. So liegt der Rückgang der Passagierzahlen im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr bei minus 22,7 %.

Ja, wir haben eigentlich noch erhebliches Eigenkapital, aber bekanntlich gebunden in Anlagen. Heute darüber nachzudenken, wie der Kreis Steinfurt damit umgehen könnte, ist richtig. Aber auch hier fordern wir, dass zunächst eine Strategie entwickelt wird.

Die Beteiligungsgesellschaft aufzulösen und das Geld zu verteilen ist zu schlicht gedacht. Wir hatten ja schon vor einiger Zeit beantragt, dass über Investitionen der Beteiligungsgesellschaft z.B. in ertragreiche Windenergieanlagen beraten werden solle. Doch unser Kämmerer hat bis heute an der Erschließung einer solchen Geldquelle kein Interesse gezeigt. Mit Geld ist heute kein Geld mehr zu verdienen, es sei denn man scheut das Risiko nicht, alles zu verlieren. Wir sollten uns daher bald über eine Nachhaltigkeitsstrategie für unsere Geldanlagen verständigen. Die mit den RWE-Aktien erzielten Spekulationsgewinne werden sich nie wiederholen. Die Einschätzung des Kämmerers, dass wir damit eine „nachhaltige Entscheidung“ getroffen haben teilen wir nicht.

„Wir haben solide Finanzen ...“ dieser Einschätzung des Landrats in seiner Etatrede 2013 können wir uns ebenfalls nicht anschließen! Denn Sie erhöhen den Schuldenstand von 42 Mio. € aus 2012 um 4 Mio. € auf 46 Mio. € in 2013.

Die Aussage dazu im Vorbericht „Die jährliche Fortschreibung wird zeigen, ob die Planung Bestand haben wird.“ dokumentiert die Strategielosigkeit des Kreises. Der Beschluss, jedes Jahr die Schulden um eine Mio. € zurück zu fahren, ist schamlos in Vergessenheit geraten.

Eine klare Strategie vermissen wir auch im Bereich des Veterinärwesens. Jüngste Erkenntnisse beweisen, dass es in Nordrhein-Westfalen einen erheblichen Missbrauch beim Einsatz von Antibiotika bei der Massentierhaltung gibt. Hier müsste sich gerade der Kreis Steinfurt aufgefordert fühlen, in einem operativen Ziel festzulegen, dass durch eine umfassende Kontrolle und Beprobung dem Verdacht auf massiven Antibiotikamissbrauch nachgegangen wird. Und dafür müsste dann auch mehr Personal zur Verfügung stehen, allerdings nicht durch eine Erhöhung des Stellenplans, sondern z. B. durch Umschichtung von Personal. Es kann nicht sein, dass ein Betrieb mit Massentierhaltung nur einmal in 7 Jahren mit einer Kontrolle rechnen muss und es kann auch nicht sein, dass bei etwa 3100 Betrieben im Kreis nur 150 Beprobungen pro Jahr vorgenommen werden. Da der Antibiotikamissbrauch ein nachgewiesenes Massenphänomen ist, ist es fahrlässig, im Kreis Steinfurt nicht den Kontrolldruck zu erhöhen. Man kann vermuten, dass das politisch hier nicht gewollt ist.

Eine erfreuliche Perspektive eröffnet sich im Sozialbereich: Schwerpunktthemen werden in den kommenden Jahren die adäquaten Jugend-, Behinderten- und Altenhilfeplanungen sein. Darum begrüßen wir die Einstellung eines Sozialplaners. Wir versprechen uns davon mittelfristig wichtige Grundlagen für künftige Entscheidungen. So können wir im Kreis die Entwicklung integrierter und sozialräumlicher Planungsprozesse mit dem Ziel der Sicherung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur, die bezahlbar bleibt, vorantreiben.

Insgesamt betrachtet sind wir überzeugt, dass zukünftige Haushaltspläne mehr Klarheit und Nachvollziehbarkeit aufweisen müssen, damit der Kreistag sein Budgetrecht verantwortlich wahrnehmen. Auf Grund dieser grundsätzlichen Erwägungen lehnen wir diesen Haushalt 2013 ab.

(...)

Helmut Fehr  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Steinfurt